

1962 1962
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/244

Bonn, den 5. Dezember 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a

Staatspolitische Zwischenbilanz

72

Das Ziel bleibt eine aktionsfähige Regierung
Von G. Markscheffel

2 - 3

Bayerische Geschichten

71

Kleine Nachlese von einem Landtagswahlkampf
Von Wolfgang Schwabe, MdB

4 - 5

Schwierige Koalitionsverhandlungen in Wien

66

Unerwartete Knalleffekte
Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

6

"Schwarze Kunst" bringt Licht in die Welt

51

Leistungsfähiges Druckereigewerbe ist Motor des Fortschritts
Von Bruno Kuster, Genf

Chefredakteur Günter Markscheffel

Staatspolitische Zwischenbilanz

Das Ziel bleibt eine aktionsfähige Regierung

Von G. Markscheffel

In Tagen großer Betriebsamkeit ist es oft recht nützlich, gewisse Randerscheinungen zu übersehen, dafür aber das Wesentliche umso genauer zu betrachten. So geht es auch jetzt, da sich die Informationen über die Neu- oder Umbildung der Bundesregierung überstürzen.

* * *

Von allen grundsätzlichen oder mehr taktisch bedingten Erklärungen und Beschlüssen unabhängig zeichnet sich in der deutschen Politik ein Prozeß des Umdeutens und der Neuformierung politischer Gruppierungen ab. Dieser Prozeß ist keineswegs auf die Grenzen einer Partei beschränkt; er geht durch alle Parteien hindurch. Sein wesentliches Merkmal ist die Abkehr von Ideologien und die Wendung zur sinnvollen, einleuchtenden und dem demokratischen Staat als Ganzem dienende Entscheidung.

So gab es seit Jahren viele Menschen in der Bundesrepublik, die sich einfach nicht vorstellen konnten, daß die Sozialdemokratie regierungsfähig ist. Man hatte sie dazu erzogen, die einmal installierte Regierung mit dem Staat zu verwechseln, das Schlagwort "Keine Experimente" geprägt und gelegentlich sogar den "Untergang Deutschlands" heraufbeschworen für den Fall, daß eines Tages Sozialdemokraten regieren sollten.

* * *

Diese Zeit ist vorüber. Von Wahl zu Wahl hat die Sozialdemokratie ihren Einfluß vergrößert, unzählige Gemeinden und Städte - darunter auch die meisten Millionenstädte der Bundesrepublik - wurden von Sozialdemokraten regiert; in vier Bundesländern sind sozialdemokratische Regierungen einfach nicht mehr wegzudenken.

Der Beginn dessen, was man heute die Regierungskrise und die Bemühungen um deren Beilegung nennt, liegt schon über ein Jahr zurück. Damals hatte die CDU/CSU ihre absolute Mehrheit verloren. Anstatt nun nach einer soliden Grundlage für die Bewältigung der vor uns liegenden großen innen- und aussenpolitischen Aufgaben zu suchen, begnügte man sich mit einer zwar zahlenmäßig ausreichenden Regierungskombination, ließ hierbei aber die genaue Festlegung einer inneren Wesensübereinstimmung ausser acht.

Willy Brandt sagte dazu auf einer Arbeitstagung der Sozialdemokratie am 28. November 1961 in Bad Godesberg:

- * "Über eines müssen sich alle Beteiligten klar sein -
- * es wird Entwicklungen geben, in denen man ohne die Sozial-
- * demokraten nicht weiterkommt."

An einer anderen Stelle seiner Rede sagte Willy Brandt am gleichen Tage:

- * "Niemand sollte glauben, er könne die deutschen Sozial-
- * demokraten zur gleichen Zeit aussperren und doch mit-
- * haften lassen für politische Maßnahmen, an deren Vorbe-
- * reitung und Entwicklung sie nicht verantwortlich betei-
- * ligt sind."

* * *

Dieses Wort ist heute noch richtig, ganz gleich, wie jetzt die Regierungskrise überwunden werden kann. Wir Sozialdemokraten waren uns dessen schon immer bewußt, und wir haben auch oft darauf verwiesen, daß die systematische Ausschaltung der Sozialdemokratie mit ihren über zwölf Millionen Wählern von der Regierungsverantwortung früher oder später nicht nur zu einer Regierungskrise, sondern sogar zu einer Krise des demokratischen Staates und seiner Institutionen führen wird. Aus diesem Grunde hat die SPD auch immer wieder das Prinzip der Gemeinsamkeit bei dem Versuch der Bewältigung der großen innen- und aussenpolitischen Aufgaben in der deutschen Politik in den Vordergrund aller ihrer Überlegungen gestellt.

Dabei können natürlich auch Personenfragen ausserordentlich wichtig sein. Ob sie entscheidend sind in einer Situation, in der bestimmte Personen durch ihr Verhalten die systematische Ausschaltung der SPD von der Regierungsverantwortung endlich aufzugeben scheinen, muß weiter diskutiert werden. Dies aber nicht nur bei der SPD, sondern auch bei denjenigen Parteien, die bisher glaubten, ohne bestimmte Personen nicht auskommen zu können.

Darüber hinaus sind auch zahlreiche Sachfragen zu klären, die im innen- und aussenpolitischen Bereich seit der Bildung der vierten Adenauer-Regierung im Spätherbst 1961 aus hinreichend bekannten Gründen ihrer Klärung harren; eine Tatsache, die - unter anderem - zu der großen Vertrauenskrise geführt hat. Vielleicht stellt sich im Verlauf weiterer Verhandlungen heraus, daß diese Sachfragen bedeutender sind als die Personenprobleme, deren Lösung allerseits mit Anstand angestrebt zu werden scheint.

* * *

Die staatspolitische Zwischenbilanz der Versuche zur Bildung einer aktionsfähigen Bundesregierung ist - im Ganzen gesehen - keineswegs unerfreulich. Tabus der Vergangenheit sind bei dieser Gelegenheit über Bord gegangen, und es dürfte von nun an nicht mehr möglich sein, die staatstragenden Parteien so gegeneinander zu stellen, als könnten sie überhaupt nicht miteinander über das Schicksal der Demokratie reden.

+ + +

Bayerische Geschichten

Kleine Nachlese von einem Wahlkampf Von Wolfgang Schwabe, MdB

Oberschwaben, Niederbayern, Bayerischer Wald; das sind die Gegenden, wo man früher den Eindruck nicht los wurde, die Menschen hätten nur eine Partei gewählt, ohne jeweils einmal darüber nachzudenken, ob ihre Entscheidung richtig oder falsch ist. Man geht Sonntags zur Kirche, man wählt, wer oder was auch immer zur Wahl anstand, CSU. Nicht alle, aber die meisten. Nicht gerade - das konnte man aus vielen Äußerungen entnehmen - um bei den letzten Landtagswahlen unbedingt die Bonner Regierung zu halten. Aber der Strauss, das sei doch einer von ihnen und die ganze "Hatz" gegen ihn eine typisch preussische Boshaftigkeit. Ganz sicher haben deshalb zum Beispiel viele frühere EP-Wähler jetzt die CSU gewählt. Trotzdem war das keine Strausswahl. Es war die Wahl einer Partei, die nimmt alles nur in allem - mehr oder weniger gut über die Runden gekommenen Landesregierungsparterei.

Erhard verdrängte Strauss

In den beiden letzten Wochen vor der Wahl konnte man von Amorbach bis Passau kreuz und quer durch Bayern kein Strauss-Plakat sehen; mit Ausnahme der paar Grosstädte, in denen der Unbelehrbare sich von seiner unbelehrbaren Kerntruppe emporköhlen ließ. Und selbst dort überwogen die über das ganze Land verteilten Riesenplakate mit dem Kopf des außerbayerischen Abgeordneten und Bundesministers Erhard.

Die grosse Auflockerung

Die Sozialdemokraten haben bei dieser Wahl fünfzehn Sitze gewonnen; es sind nicht wenige Blätter in Bayern, die diesen wahrhaft sensationellen Erfolg recht nebensächlich abtun. Andere wieder versuchen, ihn zu schmälern, indem sie schreiben, einen derartigen Stimmenzuwachs hätten die "Sozis", wie man auch im offiziellen Zeitungsdeutsch gerne Sozialdemokraten nennt, wenn man den Ausdruck "die Roten" einmal zu variieren wünscht, gar nicht erwartet.

Nach zwölf Wahlversammlungen im tiefsten Bayernland und nach ungezählten Gesprächen mit Menschen aus allen Bevölkerungsschichten gewinnt man glücklicherweise eine ganz andere Erkenntnis: Auch hier haben mehr Menschen begonnen, nachzudenken; sie spüren, daß ihr Wahlentscheid nichts, aber auch gar nichts mit ihrem Glauben und ihrem durchweg guten und engen Verhältnis zur Kirche zu tun hat. Sie sehen sich die Vertreter der Partei eines Wilhelm Högner, eines Waldemar von Knoeringen, eines Erich Ellenhauer und eines Willy Brandt an und stellen fest, daß das alle rechtschaffene Leute sind, getreu einer grossen Tradition unermüdlich bereit, den Tüchtigen zu fördern, aber auch den Schwachen nicht am Wege liegen zu lassen.

Hessen als Beispiel

Trotz Schnee und Glatteis waren die meisten Versammlungen gut besucht und das Interesse groß. Die bäuerliche Bevölkerung hat vielfach gehört, wie verständnisvoll man sich ihrer Berufskollegen in Hessen annimmt und will Einzelheiten wissen. Lehrersorgen und Schulfragen klingen

immer wieder durch. Die erfolgreiche Sportförderung im Hessenland ließ die jungen Leute aufhorchen. Die Industriean siedlung auf dem Lande ist nach Ansicht zahlreicher Pendelarbeiter sträflich vernachlässigt worden; in einer Kreisstadt sollen sich drei Betriebe vergebens um eine Niederlassungsmöglichkeit bemüht haben. Mittlerweile florieren sie alle drei - in Hessen!

Stichwort Kirche und Politik

Hier noch ein paar Notizen zum Stichwort Kirche und Politik. In einem kleinen Ort wurde der vergleichsweise schwache Versammlungsbesuch (bei 800 Einwohnern - 40 Versammlungsteilnehmer!) entschuldigt: Man hätte halt doch besser die Versammlung auf einen Sonntagmorgen nach der Kirche verlegen sollen. Da hatten die Männer erfahrungsgemäß bis zum Mittagessen Zeit, seien angezogen und kämen traditionsgemäß am liebsten in die Wirtschaft. In einer kleinen Berggemeinde an der tschesischen Grenze war ein abendlicher Missionsgottesdienst angesetzt. Als er zu Ende ging, füllte sich die Wahlversammlung über den letzten Platz hinaus. Bei einer Sonntag-Nachmittagsversammlung gebot der örtliche SPD-Kandidat dem Gastreferenten unversehens, seine Rede zu unterbrechen: Das Abendgelächte wurde schweigend angehört! Mit den Schauermärchen von der "kirchenfeindlichen Sozialdemokratie" kommen - so scheint mir - in Bayern nicht mehr allzulange operieren.

Der Durchbruch

Die Landschaft, die soziologische und die wirtschaftliche Struktur ähneln auf's Haar den Verhältnissen im hessischen Bergland, nur das politische Gefüge ist von Grund auf anders. Von sieben Wählern hat hier in den vergangenen Jahren nur jeweils einer seine Stimme den Sozialdemokraten gegeben; dabei hätten gewiß sechs von sieben Familien die helfende Hand einer wahrhaft sozialen Politik bitter nötig gehabt. Jetzt ist die Wende eingetreten. Die Wähler haben sich die Mühe gemacht, nicht gedankenlos zu wählen. Mehr Wahlberechtigte als jemals zuvor haben auf den zeitungsgrößen Stimmzettel aus über dreihundert Namen die Sozialdemokraten ihres Vertrauens angekreuzt!

Die bayerischen Städte haben vor geraumer Zeit den Anfang gemacht. Jetzt sucht und findet auch die kleinstädtische und dörfliche Bevölkerung des zweitgrößten deutschen Bundeslandes den Weg zur Sozialdemokratischen Partei. Wenn man mich fragen sollte: Ich freue mich schon auf den nächsten Landtagswahlkampf im Bayerischen Wald!

Schwierige Koalitionsverhandlungen in Wien

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Der mit Spannung erwartete Beginn der Verhandlungen zwischen ÖVP und SPÖ über die Bildung einer neuen österreichischen Bundesregierung hat zunächst zu einer Überraschung geführt: Die ÖVP-Unterhändler haben derart übertriebene Machtansprüche gestellt, daß an ihrer Fähigkeit zur richtigen Selbsteinschätzung gezweifelt werden mußte. Damit hat es bereits zu Beginn der Verhandlungen einen unerwarteten Knalleffekt gegeben.

Niemals zuvor war seit 1945 die Situation bei Regierungsverhandlungen nach Neuwahlen so gespannt wie diesmal und auch noch niemals zuvor hat die SPÖ auf Vorschläge der mandatsstärkeren ÖVP so sauer reagiert. Dabei wurde den ÖVP-Unterhändlern auch diesmal zugestimmt, daß sie jenen Verhandlungstaktischen Aufschlag vornehmen, der dann später zum Abhandeln bestimmt ist. "Aber auch unter diesem milden Gesichtspunkt betrachtet", so schreibt die "Arbeiter-Zeitung", das Zentralorgan der SPÖ, mit ungewöhnlicher Bitterkeit, "kann man für das, was da zusammengebräut worden ist, keine Qualifikation finden, die nicht unter den Ehrenbeleidigungsparagrafen fällt".

Appetit der "Reformer"

ÖVP und SPÖ hatten kürzlich je ein achtköpfiges Verhandlungskomitee unter der Führung ihrer Parteivorsitzenden bestellt, wobei auf ÖVP-Seite der starke Anteil des radikalen steirischen Reformerflügels auffiel: Die Hälfte der ÖVP-Unterhändler stammen aus der Steiermark. Darunter befindet sich der Hauptexponent der koalitionsfeindlichen und unzufriedenen Reformergruppe, der steirische Landeshauptmann Ökonomierat Josef Krainer. Man war daher auf einiges gefaßt, doch bestätigten sich, wie die "Arbeiter-Zeitung" berichtet, schon bei den ersten Gesprächen "die ärgsten Befürchtungen". Die ÖVP verlangt nämlich als Preis der Sozialisten für die "Mitarbeit" in der künftigen Koalitionsregierung:

5. Dezember 1962

das Aussenministerium,
das Justizministerium,
den Rundfunk und das Fernsehen,
die verstaatlichten Unternehmen.

Dabei sollen Rundfunk und Fernsehen dem ÖVP-Unterrichtsministerium unterstellt werden (bisher der gesamten Regierung); und was die verstaatlichten Unternehmen betrifft, soll die ÖVP in allen Aufsichtsräten die Mehrheit erhalten. Die SPÖ-Unterhändler schüttelten daraufhin verwundert die Köpfe und verlangten nur eines: Sie wollten das alles gerne schriftlich haben...

Dabei sind sich die Sozialisten darüber im klaren, daß das Wahlergebnis vom 18. November, nachdem die ÖVP zwei Mandate gewonnen und die SPÖ zwei verloren hat, so daß der Mandatsvorsprung der ÖVP statt wie bisher eines nunmehr fünf beträgt, eine Rückwirkung auf die Zusammensetzung der neuen Regierung haben werde. Andererseits aber konnte die SPÖ bei vernünftiger Einschätzung der politischen Realitäten mit Recht darauf hinweisen, daß die von beiden Seiten gewünschte weitere Zusammenarbeit in der Regierungskoalition selbstverständlich nur unter dem Gesichtspunkt der Gleichwertigkeit möglich sei. Eine "Unterwerfung", wie sie größenwahnsinnigen Vorstellungen einiger ÖVP-Reformer entspricht steht nicht nur mit der Notwendigkeit einer einträglichen Zusammenarbeit in Widerspruch, sondern auch mit dem Wahlergebnis selbst.

Von den Realitäten entfernt

Es muß daran erinnert werden, daß die ÖVP lediglich um 65.000 Wählerstimmen mehr erhalten hat als die SPÖ. "Mit diesen 65.000 Personen", so wurde von sozialistischer Seite bemerkt, "kann man das Wiener Stadion knapp zu zwei Dritteln füllen". Die Kommunisten haben immerhin mehr als das Doppelte des Unterschiedes, nämlich 135.000 Stimmen erhalten und sind ganz leer ausgegangen; existieren sozusagen überhaupt nicht in der österreichischen Politik, und die Freiheitliche Partei (FPÖ) mit mehr als dem vierfachen Unterschied, das heißt mit 315.000 Wählerstimmen, hat keinerlei Einfluß auf die Regierungspolitik. Diese Vergleichszahlen mögen illustrieren, wie weit sich die ÖVP-Führung von den politischen Realitäten des Landes entfernt hat. Noch eindrucksvoller ist vielleicht der Vergleich mit dem Wahlausgang von 1956: Damals war der Mandatsunterschied acht (jetzt nur fünf) und die Stimmenmehrheit der ÖVP betrug das Doppelte (127.000 gegenüber jetzt 64.000). Dennoch war der damalige Bundeskanzler Ing. Julius Raab in seinen Auffassungen durchaus maßvoll. Aber Dr. Gorbach und seine wackeren Steierer sind ja ausgezogen, den Wienern das Fürchten zu lehren. Es besteht aber die Gefahr, daß sie sich jetzt blemieren.

"Schwarze Kunst" bringt Licht in die Welt

B.K. - Ohne die Erfindung des Buchdruckes, die Ende des 14. Jahrhunderts Johannes Gutenberg in Mainz gelang, gäbe es nichts von all dem, was unser modernes Leben heute ausmacht. Das graphische Gewerbe nimmt deshalb in den Industriestaaten eine Schlüsselposition ein, auch wenn man sich dessen kaum mehr bewusst ist. Doch als kürzlich im Internationalen Arbeitsamt in Genf die erste internationale, technische Konferenz der graphischen Industrie, an der die Vertreter der Regierungen, der Unternehmer- und der Arbeitnehmerverbände aus achtzehn Ländern teilnahmen, zusammentrat, wurde deutlich, daß der Aufbau eines leistungsfähigen Druckergewerbes eine entscheidende Voraussetzung für den Fortschritt der jungen Staaten darstellt.

Abbas Amar, stellvertretender Generaldirektor des Arbeitsamtes, wies darauf hin, daß die graphische Industrie in zahlreichen Entwicklungsländern ihre Anlaufschwierigkeiten noch nicht überwunden hat. Mit der Zunahme des Einkommens, der Bekämpfung des Analphabetentums, dem Ausbau des Schulwesens und den wachsenden Bedürfnissen der Wirtschaft und der Verwaltung sehen sich die kleinen, meist sehr mangelhaft ausgerüsteten örtlichen Druckereien - sofern solche überhaupt vorhanden sind - plötzlich gewaltigen Aufgaben gegenüber, denen sie weder technisch noch fachlich gewachsen sind. Zwar dürften neuartige Maschinen und Verfahren viel zur Überwindung der Schwierigkeiten beitragen, doch erfordern diese Neuerungen grundlegende Umstellungen in den Ausbildungsmethoden.

Die Konferenz betonte in ihren Schlussfolgerungen, dass die Regierungen der jungen Staaten der graphischen Industrie jede nur mögliche Förderung zuteil werden lassen sollten. Jedes Land müsse auf Grund seiner besonderen Verhältnisse sorgfältig abwägen, ob es zweckmässig sei, weniger kostspielige Maschinen anzuschaffen, dafür aber mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen, oder ob der entgegengesetzte Weg rascher zum Ziele führe. Im Vordergrund stehe natürlich die berufliche Ausbildung, die den neuen Verfahren und Maschinen wie auch den ständig vor sich gehenden Veränderungen schliesslich angepasst werden müsse.

Weniger Bleivergiftungen, dafür gefährliche Chemikalien

Mit Genugtuung wurde festgestellt, dass in den fortgeschrittenen Ländern die Zahl der Bleivergiftungen dank entsprechender Vorsichtmassnahmen und einer systematischen Aufklärung zurückgegangen ist. Dagegen stellen Farber, Lösungs- und Reinigungsmittel nicht minder heimtückische Gefahren dar, deren Bedeutung noch nicht genügend erkannt wurde. So sollte die Verwendung des reinen Petrol-Benzins sowohl als Lösungs- wie auch als Reinigungsmittel durch entsprechende Gesetze, vertragliche Abmachungen oder internationale Vereinbarungen verboten werden. Ferner sollte die Beimischung von Petrol-Benzin zu anderen Lösungs- und Reinigungsmitteln auf ein Minimum gesenkt werden. In den meisten Fällen können andere gefährliche Substanzen, wie scharfe Säuren, Gummi arabicum und Formol durch harmlose Produkte ersetzt werden. Detaillierte Empfehlungen befassen sich mit der Beschriftung der Gefässe, die schädliche Substanzen enthalten, mit der Schichtarbeit, der Aufklärung der Arbeiter über Sicherheits- und Hygienefragen sowie mit der Zusammenarbeit zwischen Unternehmer- und Arbeitnehmerorganisationen auf diesem Gebiet. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes wurde eingeladen, die Frage zu prüfen, ob die Ausarbeitung eines internationalen Übereinkommens über das Verbot der Verwendung von Petrol-Benzin und die einheitliche Beschriftung der Gefässe, die gefährliche Substanzen enthalten, an die Hand zu nehmen wäre